

**Zusammenfassende Erklärung gem. § 6a BauGB zur
Teiländerung „15 – Windenergie“ zum Flächennutzungsplan 2006
der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land**

Nach § 6 Abs. 5 BauGB ist dem Bauleitplan nach Beschlussfassung eine zusammenfassende Erklärung beizufügen. Diese enthält Angaben zur Art und Weise der Berücksichtigung der

- Umweltbelange
- Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
- geprüften anderweitigen Planungsmöglichkeiten.

1. Daten zum Planverfahren:

Das Verfahren lief in folgenden Schritten ab:

Aufstellungsbeschluss	24.09.2015
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	10.10.2016 bis 10.12.2016
Frühzeitige Beteiligung der Behörden	24.11.2016 bis 23.01.2017
Formelle Beteiligung der Öffentlichkeit	19.01.2018 bis 19.02.2018
Formelle Beteiligung der Behörden	10.01.2018 bis 16.02.2018
Feststellungsbeschluss	26.04.2018
Genehmigung	19.08.2019
Öffentliche Bekanntmachung (somit rechtswirksam seit)	<u> </u> . <u> </u> .2019

Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beabsichtigt für das gesamte Verbandsgemeindegebiet den Flächennutzungsplan für die Ausweisung von Flächen für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie zu ändern. Es soll jedoch ein Wildwuchs vermieden werden, sodass die Verbandsgemeinde mithilfe des Flächennutzungsplanes die Errichtung von Windenergieanlagen weiterhin steuert.

Mit der Umsetzung der Planung werden die nachfolgenden Ziele verfolgt:

- Steuerung und Ausbau der Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde
- Schaffung eines rechtskräftigen Planvorbehalts (Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie, Ausschluss der Nutzung an anderer Stelle)
- Konzentration der Windenergieanlagen an einzelnen Standorten
- Beitrag zur Energiewende in Rheinland-Pfalz

Hierbei wurden auch die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sowie die Belange der Siedlungsnutzungen ausreichend berücksichtigt.

Nach § 1 Abs. 3 BauGB sind Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung in einer Kommune erforderlich ist. Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beabsichtigte die Aufnahme von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in den Flächennutzungsplan.

Mit der Beauftragung des Flächenpotential-Gutachten zur Steuerung der Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land wurde der erste Schritt zur Steuerung der Windenergienutzung auf der eigenen Gemarkung initiiert (Untersuchung vor der Teiländerung des FNP). Im Ergebnis konnten unter Berücksichtigung erster artenschutzrechtlicher Befunde verschiedene Potentialfläche in drei Gemeinden, namentlich Großbundenbach, Käshofen und Riedelberg, identifiziert werden, die im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt wurden. Aufgrund der zusätzlichen Erkenntnisse und Untersuchungen im Rahmen der Fortschreibung der Teiländerung „15 – Windenergie“ wurden die neugeplanten Sondergebiete „Windpark“ auf die Gemarkung Riedelberg reduziert.

Artenschutzrechtliche Restriktionen stehen einer Ausweisung der ursprünglich geplanten Sondergebiete für die Windenergienutzung in der Gemeinde Großbundenbach und Käshofen entgegen.

Durch die Teiländerung des Flächennutzungsplans werden Sondergebiete in Riedelberg (ca. 61 ha) für die Windkraftnutzung in direkter Nachbarschaft zu bestehenden Windkraftanlagen ausgewiesen und somit zusätzlich dem Konzentrationsgebot des LEP IV Rechnung getragen. Im anschließenden Genehmigungsverfahren werden die Standorte der Windenergieanlagen im Detail festgelegt und im Einzelfall geprüft.

Durch die Ausweisung von Sondergebieten „Windpark“ leistet die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz.

2. Berücksichtigung der Umweltbelange

Bei der Teiländerung „15 – Windenergie“ wurde gemäß § 2 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a eine Umweltprüfung durchgeführt, innerhalb derer die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet wurden. Auf der Grundlage vorliegender Gutachten und Stellungnahmen bestehen ausreichend Erkenntnisse über die Umweltfaktoren im Plangebiet.

Die Beurteilung erfolgte auf Basis folgender Informationsgrundlagen:

- Flächenpotential-Gutachten zur Nutzung der Windenergie in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land
- Artenschutzrechtliche Betrachtung, Gebietssteckbriefe
- Erfassung windkraftsensibler Vogelarten (Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu) im französischen Teil des 4 km-Puffers um die geplante Windkonzentrationszone in Riedelberg
- Landschaftsplanerischer Beitrag zur Erweiterung von Sonderbauflächen „Windpark“ in der Gemarkung Riedelberg
- Stellungnahmen der Kreisverwaltung Südwestpfalz, Untere Naturschutzbehörde, vom 12.12.2016 sowie 08.06.2017.
- Verschiedene Stellungnahmen von Fachbehörden zu den Themen Eingriff/ Ausgleich, Natur- und Artenschutz, Boden, Wasser/ Entwässerung, Archäologie

Insgesamt ist auf Basis der bekannten Sach- und Datenlage festzustellen, dass Belange von Natur und Landschaft, die einer Ausweisung weiterer Sondergebietsflächen „Windpark“ grundsätzlich entgegenstehen können, vorliegen. Die ermittelten Konfliktpotenziale vor allem hinsichtlich artenschutzrechtlich relevanter Artvorkommen sind nicht ausreichend, um daraus einen Ausschluss der Flächen auf Ebene des Flächennutzungsplanes ausreichend zu begründen. Sie zeigen aber auf, dass für die nachgeschalteten, verbindlichen Genehmigungsverfahren nach BImSchG ein erhöhtes Prüf- und Darlegungserfordernis besteht.

Wesentliche Ergebnisse der Umweltprüfung waren:**▪ Auswirkungen auf den Menschen durch Geräusche**

Direkte Geräuscheinwirkungen der innerhalb des Plangebiets vorgesehenen Nutzungen auf die nächstgelegenen stöempfindlichen Nutzungen sind auf Grund der Berücksichtigung der Mindestabstände zu den Siedlungskörpern gem. Landesentwicklungsprogramm LEP IV Fortschreibung (mindestens 1.000 m) nicht zu erwarten. Im Einzelfall können größere Abstände erforderlich sein, auch geringere können in Einzelfällen ausreichen. Dies kann erst bzw. ist im anschließenden Verfahren zu eruieren. Einwirkungen von Verkehrslärm auf das Plangebiet können aufgrund der fehlenden Schutzbedürftigkeit der angestrebten Nutzung ausgeschlossen werden.

▪ Pflanzen und Tiere

Beim überplanten Gebiet handelt es sich um eine landwirtschaftlich geprägte Hochfläche. Dementsprechend dominieren Ackerflächen und Wirtschaftsgrünland. Waldflächen existieren im Süden. Dort umschließt die Sondergebietsfläche auch einen Teil des Hornbach /Trualbtales sowie die bewaldete Odenbrunnklamm, ein Seitental zur Trualb. Der Hornbachabschnitt ist Teil des FFH-Gebietes Zweibrücker Land. Insofern finden sich dort neben dem Fließgewässer selbst auch weitere schutzwürdige Biotope. Im nördlichen Teil der geplanten Sondergebietsflächen ist ein Kleingewässer (Mardelle) mit umgebender Glatthaferwiese hervorzuheben. Alle schutzwürdigen oder geschützten Biotope sind durch die Ausweisung der geplanten Sondergebietsflächen bezüglich ihrer räumlichen Ausdehnung, ökologischen Funktionen und Schutzwürdigkeiten nicht gefährdet. Die Sondergebietsflächen bieten genug räumlichen Spielraum für die Errichtung von Windkraftanlagen, sodass Beeinträchtigungen vermieden und ein Erhalt der Biotope möglich ist.

Für den Rotmilan weisen die vorliegenden und verfügbaren Daten auf mögliche Vorkommen und Brutreviere in der planungsrelevanten Umgebung der geplanten Sondergebietsfläche hin. Zumindest für den Nordteil der Teilfläche Nord ist auf Basis der vorliegenden Daten ein deutlich erhöhtes Konfliktpotenzial gegeben, das dort derzeit zu Restriktionen bzw. zum Ausschluss für die Errichtung konkreter Windkraftanlagen führen kann. Für die restlichen Teile der Teilfläche Nord deuten die Daten ebenfalls auf ein Konfliktrisiko hin, welches aber auf Grundlage dieser Informationen nicht so sicher bestimmbar und belegt ist, dass daraus bereits auf erhebliche und nicht überwindbare Konflikte mit Standorten für Windenergieanlagen geschlossen werden.

Sonstige planungsrelevante Artvorkommen (Rast-, Zugvögel, Fledermäuse) sind ebenfalls nicht auszuschließen, stehen auf Basis der vorliegenden Kenntnisse der Erweiterung von Sondergebietsflächen für Windkraftanlagen bei Riedelberg jedoch nicht grundsätzlich entgegen.

- Boden, Fläche, Wasser

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf Ebene des Flächennutzungsplanes sind nicht zu erkennen. Es sind im Gebiet keine seltenen oder empfindliche Böden vorhanden, anhand derer Restriktionen oder Einschränkungen in Bezug auf die Realisierung von Windkraftanlagen abgeleitet werden könnten.

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf das Schutzgut Wasser sind ebenfalls nicht zu erwarten. Wasserschutzgebiet sind keine ausgewiesen. Das in der Teilfläche Nord vorhandene Kleingewässer bleibt erhalten und wird dementsprechend in der Standortplanung der einzelnen Anlagen berücksichtigt. Gleiches gilt für den Hornbach sowie den Quellbach in der Odenbrunnklamm innerhalb der südlichen Teilfläche.

- Orts- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter

Grundsätzlich verursachen Windkraftanlagen allein aufgrund ihrer Größe und damit verbundenen Dominanz eine Veränderung des Landschaftsbildes. Aufgrund der Höhenlage des Vorhabengebietes und der heute üblichen Höhe von Windkraftanlage, sind diese bis in mehrere Kilometer Entfernung sichtbar.

Die geplanten Sondergebietsflächen Riedelberg werden in direkter Nachbarschaft zum bereits bestehenden Windpark Riedelberg mit insgesamt acht Anlagen errichtet. Diese Anlagen stellen bereits eine deutliche landschaftliche Vorbelastung dar. In größerer Entfernung treten dazu noch die Windparke bei Walshausen und Vinningen, die Müllverbrennungsanlage Pirmasens sowie der Sendemast bei Großsteinhausen.

Landschaftlich empfindliche oder geschützte Räume, wie historische Kulturlandschaften, oder Landschaftsschutzgebiete, sind im direkten Umfeld des Gebietes keine ausgewiesen. Die nächstgelegenen Landschaftsschutzgebiete Blümelstal bzw. Gersbachtal liegen mindestens 5 km entfernt. Die Täler selbst sind durch ihre spezielle Charakteristik und den überwiegend bewaldeten Talhängen sichtverschattet, sodass Blicke zum Windpark nicht möglich sind. Optische Störwirkungen ausgehend von Windpark auf die jeweiligen Schutzziele sind damit nicht gegeben. Die westlichen Randausläufer des Naturparkes Pfälzerwald beginnen erst in rund 9 km Entfernung. Trotz dieser Entfernung ist eine Sichtbarkeit möglich, eine relevante Wirkung und Relevanz im Hinblick auf das Schutzgebiet und seine Schutzziele ist jedoch nicht zu erwarten.

Auswirkungen beschränken sich auf die angrenzenden Höhen bzw. Hochflächen sowohl auf deutscher wie auch auf französischer Seite. Die Wirkungen auf die landschaftliche Eigenart oder das Landschaftserleben dieser Hochflächen sind aber als nicht erheblich zu bewerten. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Ergänzung eines bestehenden Windparks. Neue Anlagen werden vor allem während der Bauzeit als Veränderung in Erscheinung treten, langfristig jedoch Teil eines bestehenden Windparks sein und nicht als neue Dominante in der Landschaft wahrgenommen werden.

▪ Klima und Luft

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf das Schutzgut Klima sind nicht zu erkennen. Erheblich negative Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die klimatischen Funktionen der Kultur- und Waldlandschaft sind nicht bekannt. Da Windkraftanlagen auch keine schädlichen Stoffe erzeugen und emittieren, ist auch nicht von Belastungen der Luft und Luftqualität auszugehen.

Grundsätzlich wird mit der Ausweisung von Sondergebieten „Windpark“ ein Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene geleistet. Das Schutzgut Klima ist im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

▪ Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Durch die Öffentlichkeit wurden verschiedene Anregungen vorgetragen, nachfolgend sind die wesentlichen Aussagen und deren Umgang aufgelistet:

Eine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit thematisierte die Vorgaben durch die Landesplanung, die Kriterien Anlagengröße und Windhöffigkeit sowie den Siedlungsabstand. Im Fokus standen hierbei die ursprünglich geplanten Sonderbauflächen bei Großbundenbach und Käshofen. Aufgrund artenschutzrechtliche Restriktionen reduzieren sich die geplanten Sonderbauflächen auf die Potentiale auf der Gemarkung Riedelberg. Eine detaillierte Überprüfung des vorgebrachten Sachverhaltes war somit für Käshofen und Großbundenbach nicht notwendig oder betrifft nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes.

Weitere Bürger befürchteten Beeinträchtigungen durch Lärm, Schattenwurf und Infraschall. Gemäß aktueller Untersuchungen können schädliche Infraschallwirkungen ausgeschlossen werden. Die weiteren Belange wurden durch ausreichend Abstände der Sonderbauflächen berücksichtigt oder sind im anschließenden Genehmigungsverfahren zu beachten.

Zusätzlich wurden vereinzelt artenschutzrechtliche Bedenken vorgebracht, die durch tiefergehende Untersuchungen sowie einen Teilausschluss von geplanten Flächen entsprechend im weiteren Prozess berücksichtigt wurden.

▪ Frühzeitige Behördenbeteiligung

Von Seiten der Behörden wurden verschiedene Anregungen vorgetragen, nachfolgend sind die wesentlichen Aussagen und deren Umgang aufgelistet:

Aufgrund der Höhe wies die **Deutsche Flugsicherung** auf den Anlagenschutzbereich des Verkehrslandeplatzes Zweibrücken hin sowie maximal mögliche Höhen der baulichen Anlagen. Der dargelegte Bauschutzbereich wurde als absolute Restriktion eingestuft und die Vorgaben entsprechend berücksichtigt. Die notwendige Zustimmung für Anlagen mit über 100 m außerhalb des genannten Bereiches wird im Genehmigungsverfahren bei der Standortfestlegung eingeholt.

Die Stellungnahme des **Landesbetriebs für Mobilität Rheinland-Pfalz, Standort Kaiserslautern** beschäftigte sich insbesondere mit den Mindestabständen sowie den Zufahrten der baulichen Anlagen zu klassifizierten Straßen. Die Belange werden im Genehmigungsverfahren entsprechend berücksichtigt.

Durch die **Kreisverwaltung Südwestpfalz, Untere Naturschutzbehörde** wurde gegen die Sonderbauflächen bei Großbundenbach sowie Käshofen aufgrund artenschutzrechtliche Konflikte Einwände erhoben (§ 44 BNatSchG). Für die Flächen bei Riedelberg waren zudem weitere Untersuchungen notwendig, die zur Offenlage auch abgestimmt und eingearbeitet wurden. Weitere Belange gilt es im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens abzuarbeiten.

Der **NABU Zweibrücken, der Umwelt- und Servicebetrieb Zweibrücken – untere Naturschutzbehö** sowie der **Landesjagdverband RLP** äußerten ebenfalls Bedenken im Hinblick auf vorkommende Tierarten, insbesondere windkraftsensibler Vogelarten, die durch eine Reduzierung der Sonderbauflächen sowie weitere Untersuchungen berücksichtigt wurden. Dementsprechend stehen der Sonderbaufläche Riedelberg diesbezüglich keine Restriktionen der Windenergienutzung entgegen. Die weiteren Untersuchungen erfolgen, wie mit der Kreisverwaltung abgestimmt, im weiteren Genehmigungsverfahren.

Die **Pfalzwerke Netze AG** wies auf Hauptversorgungseinrichtungen (Strom) im Bereich Großbundenbach und Käshofen hin. Die Inhalte wurden im Prozess berücksichtigt.

Durch die **Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz** wurden Hinweis zur Entwässerung und dem Bodenschutz vorgetragen, die auf Genehmigungsebene bei der Sonderbaufläche Riedelberg berücksichtigt werden.

Die **Kreisverwaltung Südwestpfalz - Abteilung Bauwesen** sowie die **Planungsgemeinschaft Westpfalz** ergänzten, dass die damals aktuellen Vorgaben des Rundschreibens des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die Mindestabstände. Die Verwaltung stellte klar, dass dies bereits zum Vorentwurf, also zur Frühzeitigen Beteiligung, bereits geschehen ist.

Hinweise für das weitere Verfahren wurden durch die **Generaldirektion Kulturelles Erbe – Direktion Landesarchäologie Außenstelle** (u.a. Fundstellenkartierungen) sowie das **Landesamt für Geologie und Bergbau** (u.a. Boden und Baugrund) geäußert, die im Rahmen der Umsetzung berücksichtigt und entsprechend in die Plandokumente aufgenommen wurden.

Das **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr** teilte Bedenken in Bezug auf das militärische Übungsgebiet POLYGONE (Luftverkehr) mit. Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase nach Angaben des Trägers ohne das Vorliegen konkreter Angaben, wie Anzahl der Anlagen, Standortkoordinaten, Nabenhöhen und Bauhöhen, nicht abschließend beurteilt werden. Die Bundeswehr bzw. das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen der sich anschließenden Beteiligungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, wenn nötig, Einwendungen geltend zu machen und wird hierfür weiter beteiligt.

- Formelle Öffentlichkeitsbeteiligung

Im Rahmen der formellen Behördenbeteiligung wurden folgende zusätzliche Anregungen vorgebracht:

Eine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit setzte sich insbesondere mit der Standortfestlegung unter Berücksichtigung der Bestandsanlagen in Riedelberg auseinander. Eine derartige Regulierung/ Festlegung erfolgt erst im Rahmen der konkreten Anlagengenehmigung durch das Verfahren nach BImSchG. Dementsprechend ist dies dort zu berücksichtigen und zu behandeln.

Ein weiterer Bürger verweist auf das Ziel der Landesregierung zwei Prozent der Landesfläche für eine Windenergienutzung bereitzustellen. Hierauf ist zu erwidern, dass durch die bestehenden sowie neuen Sondergebiete „Windpark“ ein relativer Anteil von 1,4 % in der Verbandsgemeinde ausgewiesen. Aufgrund infrastruktureller wie artenschutzrechtlicher Restriktionen ist ein größerer Anteil derzeit nicht möglich. Bei der 2%-Vorgabe handelt es sich gem. der dritten Teilfortschreibung um einen Grundsatz der Landesplanung und nicht um ein Zielwert. Zusätzlich bittet die Gemeinde Großbundenbach um eine Umsetzung von Windenergieanlagen auf der Gemarkung Großbundenbach, der allerdings artenschutzrechtliche Konflikte entgegenstehen.

Ein Bürger strebte unter anderem an, dass die Abstandsflächen gegenüber dem faktischen Bestand sowie die Lärmbelastung nochmals in Riedelberg geprüft werden sollte. Es erfolgte eine redaktionelle Klarstellung der Planzeichnung unter Berücksichtigung der Wohnhäuser sowie textliche Anpassung der Begründung in Bezug auf die Gesamtfläche des Sondergebietes. Grundsätzlich stellt der Flächennutzungsplan die Nutzungen für die gesamte Gemeindefläche dar, wobei die Abgrenzung der einzelnen Nutzungen nicht parzellenscharf wie bei einem Bebauungsplan zu verstehen ist und somit ein gewisser Ermessensspielraum besteht. Durch das Einhalten der Abstände gemäß Landesentwicklungsprogramm werden die Bedenken ggü. den Lärmimmissionen berücksichtigt. Die maßgebliche Norm TA Lärm regelt im Vergleich geringere Abstände. Eine weitergehende Berücksichtigung erfolgt auf Ebene der Genehmigungsplanung gemäß BImSchG.

Zusätzlich wurde vereinzelt auf Artenschutzkonflikte mit windkraftsensiblen Tierarten hingewiesen, die allerdings durch die ergänzenden gutachterlichen Aussagen zum Entwurf der Offenlage auf Flächennutzungsplanebene ausgeräumt werden konnten. Die Hinweise auf Sichtungen im erweiterten Umfeld von Riedelberg werden durch eine Raumnutzungsanalyse im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG abgeprüft. Hierbei erfolgt auch die konkrete Standortfestlegung.

- Formelle Behördenbeteiligung

Im Rahmen der formellen Behördenbeteiligung wurden folgende zusätzliche Anregungen vorgebracht:

Der **NABU Zweibrücken** ergänzt die bisherige Stellungnahme um Bedenken gegenüber den Sonderbauflächen in Riedelberg im Hinblick auf Brutvorkommen windkraftsensibler Vogelarten. Hierauf erwiderte die Verwaltung, dass sich daraus jedoch keine wesentlichen, neuen Erkenntnisse, die zu einer von der bisherigen Einschätzung abweichenden Einschätzung führen. Vorkommen windkraftsensibler Vogelarten (Brutvögel, Zug- und Rastvögel) wurde bei der vorliegenden Bewertung zum FNP berücksichtigt. Daneben wurde die landschaftliche Bedeutung, typische, reich strukturierte Offenlandschaft mit landwirtschaftlicher Nutzung, hervorgehoben. Die aus gutachterlicher Sicht allerdings anderweitig bewertet wurde und entsprechend durch die geplant Nutzung keine Beeinträchtigung befürchtet werden muss. Die Sondergebietsflächen bieten genug räumlichen Spielraum für die Errichtung von Windkraftanlagen, sodass Beeinträchtigungen vermieden und ein Erhalt der Biotope möglich ist. Auch die kritisierte Windhöflichkeit konnte widerlegt werden, die künftigen Anlagen können wirtschaftlich betrieben werden (siehe auch Windatlas).

Das **Forstamt Westrich** bietet im Falle einer Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der Waldfläche um weiteren Abstimmung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens. Den Ausführungen des Trägers wird gefolgt, wobei die Festlegung der Anlagenstandorte erst auf Ebene des Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG erfolgt.

Die **Landwirtschaftskammer RLP** bat darum die Belange des Jakobshofs in Riedelberg im Hinblick auf den Mindestabstand zu berücksichtigen. Der Jakobshof wurde im Gutachten mit dem entsprechenden Abstand berücksichtigt. Die Abstandsregelung der „Teilfortschreibung 2016 Windenergie“ des LEP IV ist hierbei nicht relevant.

Gemäß der **Deutschen Telekom Technik Südwest** verlaufen in unmittelbarer Nähe Telekommunikationslinien der Telekom. Diese werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt.

Die **Gemeinde Großbundenbach** verweist u.a. auf das Ziel der Landesregierung zwei Prozent der Landesfläche für eine Windenergienutzung bereitzustellen. Hierauf ist zu erwidern, dass durch die bestehenden sowie neuen Sondergebiete „Windpark“ ein relativer Anteil von 1,4 % in der Verbandsgemeinde ausgewiesen. Aufgrund infrastruktureller wie artenschutzrechtlicher Restriktionen ist ein größerer Anteil derzeit nicht möglich. Bei der 2%-Vorgabe handelt es sich gem. der dritten Teilfortschreibung um einen Grundsatz der Landesplanung und nicht um ein Zielwert. Zusätzlich bittet die Gemeinde Großbundenbach um eine Umsetzung von Windenergieanlagen auf der Gemarkung Großbundenbach, der allerdings artenschutzrechtliche Konflikte entgegenstehen.

Die **Gemeinde Riedelberg** strebte unter anderem an, dass die Abstandsflächen gegenüber dem faktischen Bestand sowie die Lärmbelastung nochmals geprüft werden sollte. Es erfolgte eine redaktionelle Klarstellung der Planzeichnung unter Berücksichtigung der Wohnhäuser sowie textliche Anpassung der Begründung in Bezug auf die Gesamtfläche des Sondergebietes. Grundsätzlich stellt der Flächennutzungsplan die Nutzungen für die gesamte Gemeindefläche dar, wobei die Abgrenzung der einzelnen Nutzungen nicht parzellenscharf wie bei einem Bebauungsplan zu verstehen ist und somit ein gewisser Ermessensspielraum besteht. Durch das Einhalten der Abstände gem. Landesentwicklungsprogramm werden die Bedenken ggü. den Lärmimmissionen berücksichtigt. Die maßgebliche Norm TA Lärm regelt im Vergleich geringere Abstände. Eine weitergehende Berücksichtigung erfolgt auf Ebene der Genehmigungsplanung gem. BImSchG.

3. Anderweitige Planungsmöglichkeiten (Alternativenprüfung)

Im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurde das gesamte Verbandsgemeindegebiet flächendeckend untersucht. Aufgrund bestehender Restriktionen, u.a. Artenschutz, konnten neben den bestehenden Sondergebietsflächen keine alternativen Standorte oder Planungsmöglichkeiten identifiziert werden.

Zweibrücken, den 23. September 2019

.....
Jürgen Gundacker
Bürgermeister

